

## N i e d e r s c h r i f t

### der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 13.04.2010

---

Ort: Stadtarchiv, Lesesaal, Rathausstraße 1, 06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 21:15 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:00 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Frau Katharina Hintz	SPD	Vertreter: Frau Ewert
----------------------	-----	-----------------------

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Unterlagen verteilt:

- für die heutige Sitzung Beantwortungen von Fragen:
  - o zum Grünflächenamt
  - o zum Vermessungsamt
  - o zum Zustand der Straßen
  - o zum Format „forward 2 business“ im Jahr 2010

- o zur Stabsstelle Kommunale Arbeitsmarktpolitik, zum kommunalen Handwerkerhof, zum Projekt ZGM (Rennbahn), zum EfA und zur Neustrukturierung der ARGE
- für die Sitzung des Finanzausschusses am 20.04.2010
  - o zu den TOP 6.3, TOP 6.5 und 6.5.1 sowie TOP 6.6 die Stellungnahmen der Verwaltung und zu
  - o TOP 6.7 ein Austauschblatt der Fraktion;
  - o eine Stellungnahme zur Haushaltskonsolidierungsmaßnahme II/65 - Kostenersatz für die Inanspruchnahme von Parkplätzen durch Mitarbeiter.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Verwaltung bat, die Feststellung der Niederschriften der öffentlichen Sondersitzungen am 11., 18., 23., 25. und 30.03.2010 in die Tagesordnung aufzunehmen. Dies wurde bei der Erstellung der Tagesordnung übersehen.

### Abstimmung zur Ergänzung der Tagesordnung:

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

### Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

### Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wird festgestellt:

3. Feststellung der Niederschriften der öffentlichen Sondersitzungen am 11., 18., 23., 25. und 30.03.2010
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie participationsbericht über das Jahr 2008  
Haushaltskonsolidierung, Finanzplan, participationsbericht, Abschlussbeschluss  
Vorlage: V/2009/08484  
  
Umsetzung des HH-Konsolidierungskonzeptes  
Vorlage: V/2010/08813
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen

8. mündliche Anfragen
9. Anregungen

### **zu 3 Feststellung der Niederschriften der öffentlichen Sondersitzungen am 11., 18., 23., 25. und 30.03.2010**

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

Die Niederschriften der öffentlichen Sondersitzungen am 11., 18., 23., 25. und 30.03.2010 werden festgestellt.

### **zu 4 Beschlussvorlagen**

---

#### **zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie participationsbericht über das Jahr 2008 Haushaltskonsolidierung, Finanzplan, participationsbericht, Abschlussbeschluss Vorlage: V/2009/08484**

---

#### **Umsetzung des HH-Konsolidierungskonzeptes Vorlage: V/2010/08813**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Wehrich, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Krause, Herr Knöchel, Frau Ewert, Frau Oberbürgermeisterin Szabados, Herr Dr. Pohlack, Herr Geier, Herr Dr. Wiegand, Herr Kogge, Herr Neumann und Frau Hock.

Herr Geier wies auf die zu Beginn der Sitzung übergebene Vorlage zur weiteren Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes (Vorlage: V/2010/08813) hin. Die bisherige Haushaltskonsolidierung basiere auf der Beschlusslage Ende 2007. Seit dieser Zeit wurde viel erreicht, haben sich aber auch sehr viele Rahmenbedingungen maßgeblich verändert, z. B. durch die Finanzkrise.

Es sei wichtig, jetzt die aktuelle Zinsmarktlage dazu zu nutzen, mit zufließenden Geldern im Rahmen der Haushaltskonsolidierung einen möglichst hohen Effekt für den Stadthaushalt zu erreichen. Diese Vorschläge sollen im Ergebnis der Vorlage, die durch den Stadtrat an die Verwaltung in Auftrag gegeben wird, eingereicht werden.

Die Verkaufslage auf dem Wohnungsmarkt sei im Moment sehr schwierig. Das weitere Vorgehen müsse genau geprüft werden. Auch die Rückmeldungen aus den Verbänden der Wohnungswirtschaft drücken eine mäßig bis schlechte Marktlage aus. Dies müsse bei der Fortschreibung des Konzeptes zum Abbau des Altdefizits beachtet werden. Es könne nicht sein, dass Wohnungsvermögen zwanghaft aus Konsolidierungsgründen mit unwirtschaftlichen Effekten verkauft werden müsste.

Der Focus der Konsolidierung solle nicht nur auf die Stadt gelegt, sondern um die städtischen Unternehmen erweitert und als Konzern betrachtet werden, da die Zahlungsströme untrennbar verbunden seien. In diesem Bereich werde Potential für Haushaltskonsolidierung und Optimierungsmöglichkeiten gesehen.

Auch die Verknüpfung der Haushaltskonsolidierung mit STARK II bringe durchweg positive Effekte. Nach der Abstimmung der einzelnen Konsolidierungspunkte müsse das Haushaltskonsolidierungskonzept fortgeschrieben werden. Aus diesem Grund wurde die vorliegende Beschlussvorlage (V/2010/08813) vorbereitet. Bezüglich der letzten Seite des Haushaltsplanes (Querblatt zur Darstellung des Abbaus des Altdefizits) plädiere er für die Beschlussfassung in vorliegender Form und parallel dazu die Nachreichung einer Fortschreibung und der Konkretisierung auf der Grundlage der nun zu beschließenden Beschlussvorlage. Es sei mannigfache Arbeit zu leisten und Abstimmungen zu führen, um ein in sich schlüssiges Papier zu erarbeiten, aus dem der weitere Verfahrensablauf deutlich wird.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Geier die beiden Teile der Haushaltskonsolidierung. Im Hinblick auf den Abbau des strukturellen Defizits werde eine neue Diskussion aller Dezernate begonnen. Neue Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen für den Verwaltungshalt müssen definiert werden. Er sehe noch Potentiale, die jedoch mit dem einzelnen Fachbeigeordneten abgestimmt werden müssen. Zum Abbau des Altdefizits bekräftigte er seine o. g. Ausführungen. Eine Vorlage des fortgeschriebenen Haushaltskonsolidierungskonzeptes sei auf keinen Fall innerhalb der nächsten 10 Tage möglich. Gespräche mit vielen Geschäftsführern seien nötig. Auch dortige Strategien müssen mit der Stadt und den Gremien der Gesellschaften abgestimmt werden. Ihm sei bewusst, dass die Zeit drängt. Er gehe davon aus, dass diese Vorgehensweise auch von der Kommunalaufsicht anerkannt werden wird, da die Beschlussfassung bezüglich des Auftrages an die Verwaltung parallel gefasst und dokumentiert werde, dass auch nach Auffassung des Rates das Haushaltskonsolidierungskonzept fortgeschrieben werden müsse. Einen Gremienlauf vor der Sommerpause halte er für vorstellbar.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bekräftigte, dass intensiv an der Konsolidierung des Haushalts unter Einbeziehung der städtischen Unternehmen in Zusammenarbeit mit der BMA gearbeitet werde. Es werde geprüft, wie die Gewinne am günstigsten eingesetzt werden können und abgewogen, ob Kredite aufgenommen werden oder nicht. Alle Kredite werden in Bezug auf die Höhe der Zinsen auf den Prüfstand gestellt. Eine Menge Vorarbeit wurde bereits geleistet. Die Prüfungen seien aber noch nicht abgeschlossen. Die Abstimmung mit den Unternehmen könne voraussichtlich in den nächsten 8 Wochen abgeschlossen werden. Mit dem Finanz- und Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt wurden Gespräche geführt und die Unterstützung für die Stadt Halle (Saale) eingeworben. Einige Informationen wurden bereits in der Runde der Fraktionsvorsitzenden am 12.04.2010 gegeben. Die Ablösung der Kassenkredite sei im Moment ggf. wirtschaftlich zurzeit nicht empfehlenswert, da die zu zahlenden Zinsen niedrig seien. Sie unterstütze den Vorschlag von Herrn Geier. Dieser betrifft nicht das Jahr 2010, sondern die HHKO der nächsten Jahre. Auch das Förderprogramm STARK II kam ziemlich spät und müsse in die Betrachtung einbezogen werden. Ziel der Verwaltung sei es, so optimiert wie möglich heranzugehen. Auf konkrete Nachfrage schloss Frau Szabados die Ausdehnung des Zeitrahmens der Konsolidierung nicht aus.

Die Mitglieder äußerten ihre Verwunderung darüber, dass dieser Vorschlag der Verwaltung erst zur letzten Sitzung gemacht wurde und baten dringend um eine politische Diskussion vor der Vorlage beim Landesverwaltungsamt. Einige Veränderung im Abbaukonzept des Altdefizits waren bereits bei der Einbringung des Haushaltsplanes bekannt.

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 13. April 2010 - öffentlicher Teil

Bezüglich der Finanzplanung sagte Herr Geier eine Anpassung an die „bunte Liste“ zu, damit die Zahlen entsprechend korrespondieren. Würde die Stadt die empfohlene Fortschreibung nicht durchführen und die VNG-Einnahmen gegen den Abbau Altdefizit buchen, wäre ein finanzieller Effekt in Höhe von 1,1 Mio. € p. a. zu erreichen. Besser sei eine Kombination verschiedener Maßnahmen. Diese Kombinationen haben immer unterschiedliche Ergebnisse, die vernünftig abgewogen werden müssen. Dies brauche Zeit, auch um eine nachvollziehbare Begründung zu liefern.

Im Ergebnis der Diskussion wurde der Beschlussvorschlag modifiziert.

### **Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
1 Enthaltung  
mehrheitlich zugestimmt

### **Beschlussvorschlag (in modifizierter Form):**

Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, ~~das Konzept zum Abbau des Altdefizites in der Umsetzung detailliert zu untersetzen~~ **das Haushaltskonsolidierungskonzept fortzuschreiben und bis zur Sitzung am 23. Juni 2010 dem Stadtrat vorzulegen.**

### **Finanzplanung**

Bezüglich der Rückzahlungen gemäß FAG führte Herr Geier aus, dass diese vorsorglich im Haushaltsplan eingearbeitet werden. Ein endgültiger Bescheid liege noch nicht vor.

Frau Szabados kündigte an, dass die Stadt Widerspruch einlegen werde, wenn der endgültige Bescheid vorliege. Die Ausgaben seien durch die Stadt Halle (Saale) gemäß ihren Aufgaben bereits getätigt. Es müsse der politische Versuch unternommen werden, die Thematik nochmals auf die politische Agenda zu setzen und eine Umsteuerung zu erreichen. Das Ergebnis sei völlig offen, aber wer nicht kämpft, hat schon verloren.

### **Beteiligungsbericht**

Auf Nachfrage wurden keine Fragen gestellt bzw. Wortmeldungen gewünscht.

### **Veränderungen Verwaltungshaushalt**

**Dezernat Oberbürgermeisterin** - keine Veränderungen

**Dezernat Finanzen und Personal** - keine Veränderungen

### **Dezernat Planen und Bauen**

**Amt 31 Umweltamt ( vorab Ausschuss f. Ordnung u. Umwelt 11.03.10)**

Anpassung auf Vorjahresniveau: Zuschuss an übrige Bereiche (Umwelthaus) 3.900 €  
Deckung sonst. Sachausgaben Umweltamt

Ein Mitglied des Ausschusses führte aus, dass die Verwaltung im Umweltausschuss ihre Zustimmung signalisiert habe und die Deckung aus den sonstigen Sachausgaben des Umweltamtes erfolgen solle. Die Wichtigkeit und Aktivitäten des Vereins wurden betont.

Frau Szabados führte aus, dass evtl. Reserven des Umweltamtes der Haushaltskonsolidierung zugeführt werden sollten. Die Förderrichtlinie werde so ergänzt, dass auch der Umweltbereich aufgenommen werde und in diesem Rahmen über die Verteilung von Fördermitteln beraten werden könne. Herr Geier fügte an, dass er den ursprünglichen Ansatz für sachgerecht halte.

Dr. Pohlack meldete den Vorbehalt an, dass die Mediathek auf einer ihm bekannten Sponsorenliste einer städtischen Gesellschaft stehe und eine Doppelförderung durch die Stadt Halle (Saale) unmittelbar oder mittelbar nicht erfolgen sollte.

Herr Wolter stellte den Geschäftsordnungsantrag bezüglich des Abbruchs der Debatte und Abstimmung des Antrages.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag:  
mehrheitlich zugestimmt

Abstimmung Antrag:

8 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

Amt 66 Straßen- und Tiefbauamt (vorab Planungsausschuss 09.03.2010)

Mehrbedarf Unterhaltung Straßen aufgrund Frostschäden 350.000 €

Herr Geier führte aus, dass die im Planungsausschuss diskutierte Summe in Höhe von 350 T€ im Zusammenhang mit den durch die Verwaltung (Amt 66 gem. Beantwortung an den Finanzausschuss Dez. II) beantragten Mitteln in Höhe von 370 T€ für den Mehrbedarf Winterdienst, Beschilderung, Absperrung und Markierung zu sehen sei.

Zur Beseitigung der im Winter entstandenen Schäden an den Straßen sei gemäß den Ausführungen von Herrn Dr. Pohlack ein Konzept erarbeitet worden. Der Gesamtaufwand für die Beseitigung der Winterschäden inklusive VWH und VMH betrage im Ergebnis ca. 4 Mio. €. Aufgrund der Struktur der Schäden gehen die Überlegungen dahin, dass 1,871 Mio. € dem Vermögenshaushalt (Dünnschicht) und davon ca. 500 T€ den Bundesstraßen zuzuordnen sei. Es werden verstärkte Bemühungen unternommen, um vom Bund Geld dazu zu bekommen. Reaktionen auf die städtischen Bemühungen liegen noch nicht vor. Der verbleibende Rest (2,2 Mio. €) soll aus dem Verwaltungshaushalt aufgebracht werden. Die Deckung solle sein, dass alles, was in diesem Jahr an Straßenunterhalten eingesetzt werden sollte, für die Beseitigung von Winterschäden eingesetzt wird. Diese Verfahrensweise führe zu keinen Problemen, da sich die entsprechenden Haushaltspositionen in einem geschlossenen Deckungskreis befinden. Im Vermögenshaushalt waren ca. 1,7 Mio. € für Straßenbaumaßnahmen, insbesondere für den 3. Saaleübergang, geplant. Die Bedarfslage habe sich jedoch geändert. Herr Dr. Pohlack wies auf den sachlichen Zusammenhang zwischen schlechten Straßen und noch mehr Winterschäden hin und erinnerte an die umfangreiche Beantwortung im letzten Stadtrat

Herr Bönisch stellte folgenden Antrag:

Im Verwaltungshaushalt werden im Unterabschnitt 6300 für Straßenunterhaltung 2 Mio. € mehr eingestellt. Die Deckung soll nach Möglichkeit durch Mehreinnahmen der Einkommenssteuer oder Defiziterhöhung erfolgen.

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 13. April 2010 - öffentlicher Teil

Herr Bönisch begründete seinen Antrag mit dem wirtschaftlich sinnvollen Umgang mit den vorhandenen finanziellen Mitteln. Der Fachausschuss hatte den kompletten Überblick noch nicht. Heute liege dieser vor. Durch die Beseitigung der Winterschäden leiden die standardmäßig geplanten Maßnahmen. Wenn dieses Jahr keine Ausgaben für die reguläre Sanierung getätigt werden, kosten diese im kommenden Jahr noch mehr.

Herr Geier sprach sich gegen den Antrag aus.

Herr Wehrich stellte folgenden Antrag:

Der Zuschuss an den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement wird um 4 Mio. € erhöht. Diese Mittel sollen zweckgebunden für die energetische Sanierung von Gebäuden eingesetzt werden.

Herr Wehrich führte aus, dass sein Antrag die Reaktion auf die Mangelverwaltung der Stadt sei. Der Vermögensverlust der Stadt müsse aufgehalten bzw. erst einmal verlangsamt werden.

Im Rahmen der Diskussion wurden Für und Wieder der Anträge ausgetauscht.

Herr Geier betonte, dass diese Anträge haushalts- und finanzwirtschaftlich nicht vertretbar seien. Das städtische Haushaltsdefizit müsse im Rahmen gehalten werden. Der Unterhaltungsstau der Straßen sei unzweifelhaft vorhanden, aber auch in anderen Bereichen bestehe Investitionsstau.

Herr Bönisch änderte seinen Antrag auf 1,5 Mio. €, die konkret für die Straßensanierung eingesetzt werden sollen.

Abstimmung des Antrages von Herrn Bönisch

(UA 6300 Unterhaltung Straßen, um weitere 1,5 Mio. € zu erhöhen):

5 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
abgelehnt

Abstimmung des Antrages von Herrn Wehrich

(2 Mio. € Zuschusserhöhung für EB ZGM):

1 Ja-Stimme  
4 Nein-Stimmen  
6 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung Antrag Planungsausschuss

(350 T € Mehrbedarf Unterhaltung der Straßen aufgrund von Frostschäden):

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
5 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

Amt 67 Grünflächenamt

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Bestandspflege Spielplätze - Erhöhung um 120.000 €  
Deckung 50.000 € aus Dez. V, Amt 80 durch Wegfall Zuschusszahlung an Verein Sachsen-Anhalt Medien e.V zum Forward2business Kongress

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 13. April 2010 - öffentlicher Teil

Herr Neumann verwies auf seine schriftliche Stellungnahme zum Deckungsvorschlag. Das Veranstaltungsformat gebe es mit unterschiedlichen Akteuren seit 10 Jahren. Eigentümer der Marke sei der mdr. Nur der Veranstalter wechselt. Neuer Veranstalter werde das MMZ sein. Es werde ein hoher Effekt erwartet

Herr Wehrich nahm eine Änderung seines Antrages vor, indem er den Deckungsvorschlag strich.

Herr Dr. Pohlack führte aus, dass in allen Bereichen der Verwaltung eine ähnlich schwierige Ausgangssituation gegeben sei und verwies auf die schriftliche Beantwortung. Mehr Geld für die Umsetzung der Aufgaben der Fachämter für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt sei sehr wünschenswert. Die Vorschläge der Verwaltung seien Ausdruck der Gesamtverantwortung für den städtischen Haushalt.

#### Abstimmung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Bestandspflege Spielplätze - Erhöhung um 120.000 € ohne Deckungsvorschlag):

4 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen

4 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

(19:00 Uhr – 19:15 Uhr Pause)

#### **Dezernat Sicherheit, Gesundheit und Sport**

Die Veränderungen ergaben sich aus der Anpassung des Haushalts an die Beschlusslage zu den Bädern und der Eissporthalle. Aus diesem Grund waren für diese beiden Positionen keine Abstimmungen nötig.

#### Amt 37 Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst (vorab Ausschuss für Ordnung und Umwelt 11.03.2010)

Antrag Fraktion CDU - Anpassung Zuschussbedarf auf Vorjahresniveau: Freiwillige Feuerwehr 16,3 T€ und Katastrophenschutz 6,1 T€ - Deckung Berufsfeuerwehr

Herr Geier führte aus, dass die Verwaltung den Antrag befürworte.

#### Abstimmung des Antrages der CDU-Fraktion

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

#### Stabsstelle 321 Veranstaltungsservice/Marktwesen

Antrag MitBÜRGER für Halle -NEUES FORUM - Frau Wolff - Senkung Marktgebühren auf 400 T€

Dr. Meerheim – Antrag bezieht sich auf Vergleich mit Ist 2009

Herr Geier wies darauf hin, dass die Verwaltung eine schriftliche Beantwortung gegeben habe. Auf Nachfrage erläuterte Herr Dr. Wiegand, dass das Marktwesen eine kostendeckende Einrichtung sei. Es werden gegenüber dem Jahr 2009 mehr Veranstaltungen geplant. Nach Prüfung und jetziger Erkenntnis sei der Haushaltsansatz zu erreichen.



Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 13. April 2010 - öffentlicher Teil

Abstimmung des Antrages :

0 Ja-Stimmen  
8 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen  
einstimmig abgelehnt

Amt 32 Ordnungsamt

MitBÜRGER für Halle -NEUES FORUM - Änderungsantrag Senkung  
Sondernutzungsgebühren um 100.000 € auf 500 T€

Herr Dr. Wiegand äußerte sich zuversichtlich, den geplanten Haushaltsansatz zu erreichen, da bereits jetzt 36 % der geplanten Einnahmen erzielt werden konnten.

Aufgrund einer Bitte sagte Herr Geier den Quartalsbericht zu.

Abstimmung des Antrages:

1 Ja-Stimme  
8 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
mehrheitlich abgelehnt

Amt 32 Ordnungsamt

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Herr Wehrich  
Änderungsantrag Senkung Bußgelder Ordnungsamt um 400.000  
(Herr Wehrich hatte diesen Antrag bereits avisiert und in der heutigen Sitzung formal gestellt)

Herr Dr. Wiegand erläuterte, dass sich die Personalsituation verbessert habe und das ursprüngliche Soll erreicht werden könne.

Abstimmung:

1 Ja-Stimme  
9 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**Dezernat Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**

Amt 40 Schulverwaltungsamt (vorab Bildungsausschuss 09.03.2010)

Antrag Fraktion CDU - Umwidmung von Mitteln der Grundschule Rosengarten Servicentgelt - 31,4 T€; Bewirtschaftungskosten -54,2 T€; Reinigungskosten -23,0 T€ in Lern- und Unterrichtsmittel Grund- und Sekundarschulen

Herr Geier informierte, dass die Verwaltung dem Antrag zustimme.

Abstimmung:

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

Amt 50 Sozialamt (SGGA 18.03.2010)

Erstattungen von der ARGE 19.900 €  
Die Verwaltung ist mit dem Beschluss des SGGA einverstanden.

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 13. April 2010 - öffentlicher Teil

Sozialhilfe/Leistungen nach AsylbLG -57.600 €

Die Verwaltung ist mit diesem Beschluss des SGGA ebenfalls einverstanden.

Suchtberatungsstellen Deckung aus Amt 50 Minderausgaben Leistungsbeteiligung Unterkunft /Heizung. § 22 I SGB II Umschichtung von 300.600 €.

Die Veränderung wurde durch die Verwaltung initiiert (keine Mittelerhöhung, sondern Umschichtung und Bündelung).

#### Antrag Fraktion DIE LINKE

Leistungsbeteiligung Unterkunft/Heizung § 22 I SGB II (1.311.000 €)

Dr. Meerheim begründete den Antrag mit dem Bezug auf den Ist-Stand des Jahres 2009.

Herr Kogge führte aus, dass die Verwaltung diesem Antrag nicht folge und empfehle, abzuwarten. Ein schnelles Anpassen werde in dieser Haushaltsposition hier nicht gebraucht. Diese sei evtl. zu gegebener Zeit an anderer Stelle notwendig. Falls für 2010 mehr Mittel benötigt werden, werde ein überplanmäßiger Antrag begründet gestellt.

Zu den offenen Forderungen gegenüber der ARGE bzw. den Hilfeempfängern führte Herr Kogge aus, dass es starke Bemühungen mit der ARGE gebe, das Geld aus berechtigten Rückforderungen zurückzuholen. Auf keinen Fall solle die Höhe anwachsen. Er hoffe, das Defizit im Jahr 2010 abbauen zu können.

#### Abstimmung:

4 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

mehrheitlich abgelehnt

#### Antrag Fraktion DIE LINKE

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Erhöhung um 122.000 €

Herr Geier informierte, dass die Verwaltung nach Überprüfung des Antrages diesem zustimme.

Frau Szabados fügte an, dass unter Umständen einer Erhöhung um insgesamt 200 T€ nötig werde. Diese Zahl sei jedoch zurzeit noch nicht belegt.

#### Abstimmung:

10 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

einstimmig zugestimmt

#### Halle-Pass Zuschuss Kita-/Schülerspeisung:

1. Änderungsantrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (SGGA 18.3.2010 ohne Deckung) 260.200 (zum Antrag 2.)

Halle-Pass pro Kind Erhöhung von 0,85 € auf 1,20 €(Kita: 168,8T€ und Schüler: 91,4 T€)

2. Antrag Fraktion SPD (SGGA 18.3.2010 ohne Deckung) Schülerspeisung Erhöhung um 390,0 T€ (in Verbindung mit vorgenanntem 1. Antrag Erhöhung um 129.800

3. Änderungsantrag Fraktion SPD Schülerspeisung Erhöhung um 390,0 T€  
mit Deckung aus Amt 50 Minderausgaben Grundsicherung nach SGB II -230.000  
mit Deckung aus Amt 23 Mehreinnahmen Mieten und Pachten f. Garagen -160.000

Ein Stadtrat äußerte seine Verwunderung über die Beratung der Thematik in der heutigen Sitzung, obwohl der Stadtrat den Antrag noch nicht beschlossen habe.

Herr Kogge informierte, dass in § 11 SGB XI festgelegt sei, was zum Einkommen der Eltern zugerechnet werden könne. Das Ziel für die bessere Versorgung der Kinder sei klar. Aber Halle gibt mehr finanzielle Mittel für die Kinder als andere Städte in Sachsen-Anhalt aus. Die Beschlussfassung solle abgewogen erfolgen, nicht, dass diese zum Nachteil für die Stadt werde, weil die Zuschüsse des Bundes gekürzt werden. Die Entscheidung der Bundesanstalt, die in einer Arbeitsanweisung umgesetzt werde, solle abgewartet werden.

Aus den Reihen der Mitglieder des Ausschusses wurde informierte, dass z. B. die Stadt Erfurt einen ähnlichen Beschluss umgesetzt habe. In diesem Fall sollte es nicht um die angespannte Haushaltslage gehen, sondern müsse die Not der Kinder erkannt werden. Aus diesem Grund solle die Gesetzgebung nicht abgewartet werden. Die Notsituation der Kinder stehe im Vordergrund. Wenn neue Rechtsprechung ergangen sei, könne von der Kommune immer noch reagiert werden. Durch Beschluss im Fachausschuss wurde Mehrheit für den Beschluss dokumentiert.

Abstimmung SPD-Änderungsantrag Nr. 3

2 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

Änderungsanträge zu Bündnis 90 die Grünen Nr. 1

4 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
mehrheitlich abgelehnt

Die Abstimmung des SPD-Antrages erübrigte sich durch die vorhergehenden Beschlussfassungen.

Amt 51 Amt für Kinder, Jugend und Familie

Unterhaltsvorschussgesetz (JHA 04.03.2010) Zuschusserhöhung um 252.900 €

Frau Szabados erläuterte, dass sich die Verwaltung den Beschluss des Jugendhilfeausschusses zu Eigen mache und aus diesem Grund keine Abstimmung notwendig sei.

Kindertageseinrichtungen

Bescheid über Landesförderung vom 03.02.2010 (JHA 04.03.2010)

Zuschuss an Freie Träger Erhöhung um 2.262.600 €

Einige Mitglieder führten aus, dass es seit einigen Jahren gängige Verwaltungspraxis sei, dass ein Defizit ständig vor sich hergeschoben werde. Diese Problematik war Thematik einer Anfrage im Rechnungsprüfungsausschuss am 10.02.2010 und sei noch nicht beantwortet. Die Antragsteller legten Wert auf eine schriftliche Beantwortung.

Herr Kogge führte aus, dass die Zuarbeit bereits unterschrieben sei und in den nächsten Tagen zugehe. Es wurde eine Arbeitsgruppe gemeinsam mit dem Rechnungsprüfungsamt gebildet, u. a. um das Auszahlungsverfahren zu optimieren und eine qualitative Prozessverbesserung zu erreichen.

Aus dem EB-Ausschuss Kita wurde durch ein Mitglied informiert, dass sich der Landeszuschuss erhöhen werde, weil sich die Kinderzahl erhöhen und demzufolge die Personalausgaben steigen werden.

Herr Kogge betonte, dass die Planung überprüft und die Zahlen angepasst wurden.

Frau Szabados fügte an, dass die Erfahrungen der vergangenen Jahre ausgewertet wurden. Mit den Freien Trägern wurden Vereinbarungen getroffen bzgl. der Finanzierung im Vorhinein. Dies sei rechtlich nicht vorgeschrieben. Jetzt werde mit den Freien Trägern die Diskussion angestrebt, dass die zweimonatige Vorfinanzierung geändert wird. Der Landeszuschuss erfolge auf der Basis der Kinderzahl von vor zwei Jahren. Bei der Erstellung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes werde die Kinderzahl ermittelt und die Ausgaben, u. a. die Personalkosten, auf dieser Grundlage geplant. In der Einnahme vom Land im Haushaltsplanentwurf wurde der Ansatz von 2008 zugrunde gelegt. Die Einnahme hätte gleich erhöht eingeplant werden müssen. Es seien keine extra Ausgaben möglich. 1,7 Mio. € seien Einnahmen, die der Stadt zustehen für die normale Kita-Betreuung. Nur die Differenz sei zusätzliches Geld, welches weitergereicht werden könne. D. h., dass nicht die gesamte Summe, sondern nur 500 T€ an die Freien Träger weitergegeben werden müssen. Außerdem müsse die Verwendungsnachweisprüfung abgeschlossen werden.

Es wurde über die Berechnung des Haushaltsansatzes diskutiert.

Herr Kogge führte aus, dass in den ersten beiden Quartalen regelmäßig mehr Kinder als in den beiden letzten Quartalen betreut werden. Mit viel Mühe erfolge die Planung. In den vergangenen Jahren sei die tatsächliche Anzahl sehr nah am Bedarf gewesen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind in der Stadt Halle (Saale) noch freie Kita-Plätze vorhanden. Er bestätigte nach Rückfrage, dass keine Klagen über fehlende Kita-Plätze anhängig seien.

Frau Szabados führte aus, dass mit den heute vorliegenden Erkenntnissen keine Weiterleitung der gesamten Summe an die Freien Träger vertreten werden könne. Die Spitzabrechnung und evtl. Rückforderungen gegenüber Trägern müsse überprüft werden. Weiterhin sagte Sie zu, die Planzahlen des Haushaltsansatzes mit dem BEP abzugleichen, Wenn sich in Hochrechnung herausstellt, dass Ausgaben notwendig werden, werden diese auch eingestellt. Die Einnahmen dienen auf alle Fälle nicht zur Haushaltskonsolidierung, sondern seien Einnahmen zur Deckung von Ausgaben (in diesem Bereich). Sie sagte eine Überprüfung der Zahlen zu. Ziel sei ein vertretbarer realistischer Ansatz für 2010.

Herr Knöchel führte aus, dass die Beantwortung der 8 Fragen nach der Akteneinsicht noch nicht vorliege. (Sie sei lt. Auskunft s. o. auf dem Postweg.) Diese Beantwortung sollte in einem Änderungsantrag münden. Da die Beantwortung noch nicht vorliegt, konnte noch kein Änderungsantrag gestellt werden. Ggf. werde kurzfristig noch ein Änderungsantrag gestellt.

Frau Szabados bat um Aussetzen des avisierten Antrages bis zur Vorlage der Prüfungsergebnisse. Ggf. Wiedervorlage in der Stadtratssitzung – Analyse wird in der Sitzung des Hauptausschusses am 21.04.2010 vorgelegt.

## **Dezernat Wirtschaft und Arbeit**

### **Amt 80 Wirtschaftsförderung**

Mehrbedarf Personalausgaben Neuschaffung Amt 80 Beschluss im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung am 23.02.2010 angezeigt - Erhöhung um 41.100 €

Herr Neumann verwies auf die Zuarbeit des Dezernates V vom 8.4.2010.

Frau Szabados unterstrich die gute Arbeit. Zur Unterstützung sei eine zusätzliche Stelle erforderlich.

Der ursprüngliche Vorschlag der Verwaltung zur Deckung des allgemeinen Mehrbedarfes - Senkung der Fördermittel an Dritte in Höhe von 1.000.000 € - wird gestrichen, da die Verwaltung dabei ist, die Fördermittelvorgabe zu überarbeiten. Die Darstellung solle geändert und die Einnahmen deutlicher ausweisen werden. Durch die Nutzung von Kommunalkombi soll ein Effekt in Höhe von 2 Mio. € erreicht werden. Die Kosten der Unterkunft werden für die Kommune sinken und Personalkosten in den Vereinen sollen eingespart werden. Diese Stellen werden über 3 Jahre besetzt.

## **Stellenplan**

Antrag CDU - Fraktion - Streichen von 8 kw-Stellen im Konservatorium  
finanzielle Auswirkung ab 2011

Es wurde von Frau Hock ausgeführt, dass frühestens in 2011 planmäßig 1 Mitarbeiter das Konser Konservatorium verlässt. Durch die Teilzeittinitiative sei das vorhandene Personal bis 2012 gebunden. Das Verhältnis zwischen fest angestellten und Honorarkräften bezüglich der Landesförderung sei nicht in Gefahr. Planmäßig müsse bis 2012 das überarbeitete Fachkonzept vorgelegt werden.

Frau Szabados sagte zu, falls bis 2012 ein fest angestellter Lehrer ausscheidet, wird diese Stelle mit einem fest angestellten Lehrer neu besetzt. Unter dieser Voraussetzung erfolgte die Vertagung des Antrages bis 2012.

Die Verwaltung sagte eine Überarbeitung der Veränderungsliste bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 21.04.2010 zu.

## **Veränderungen des Vermögenshaushaltes 2010**

**Dezernat Oberbürgermeisterin** - keine Veränderungen

**Dezernat Finanzen und Personal** - keine Veränderungen

**Dezernat Planen und Bauen**

**Straßen- und Tiefbauamt (gemäß Planungsausschuss vom 09.03.2010)**

Mehrbedarf aufgrund Frostschäden in Höhe von 1.700.000 €

Herr Geier verwies auf die Ausführung von Herrn Dr. Pohlack. Im Ergebnis der kurzen Diskussion blieb es bei diesem Ansatz.

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 13. April 2010 - öffentlicher Teil

Abstimmung:

einstimmig zugestimmt

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Finanzausschuss vom 18.03.2010

Neuaufnahme des Vorhabens "Saale-Rad-Wanderweg in Halle (Saale)" Zuschusserhöhung um 200.000 €

Deckung durch Reduzierung der Planungsleistungen zum "Gimritzer Damm"

Herr Geier führte aus, dass die angebotene Deckung aus haushaltsrechtlicher Sicht nicht möglich sei.

Daraufhin zog Herr Wehrich seinen Deckungsvorschlag zurück.

Frau Szabados informierte, dass die Stadt Halle gemeinsam mit dem Saalekreises aktiv werden müsse, z. B. mit der Gemeinde Schkopau für den Bereich Planena. Dies könne auch als Thema in der gemeinsamen Hauptausschusssitzung angesprochen werden. Auch sei die mögliche Einbindung in ein Arbeitsmarktprojekt zu prüfen.

(21:00 Uhr – Frau Nagel verließ die Sitzung.)

Abstimmung:

2 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

mehrheitlich abgelehnt

Herr Misch kritisierte die Antwort der Verwaltung bezüglich seiner Anfragen zum Südfriedhof und stellte folgenden Antrag:

Im Unterabschnitt Friedhöfe werden 38.800 € für die Reparatur der Wasserleitung eingestellt (ohne Deckungsvorschlag).

Abstimmung:

4 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

**Dezernat Sicherheit, Gesundheit und Sport**

Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst (gemäß Ordnungsausschuss vom 11.03.2010) Zuschusshöhe 176.700 €

Aufgrund der Nachfrage, wofür dieser Ansatz eingeplant sei, führte Herr Dr. Wiegand aus, dass auf dem Dach des südlichen Riebeckhochhauses eine Antennenanlage der Stadt vorhanden sei. Sollte die HWG den Südturm abreißen, sei ein fünfmonatiger Vorlauf notwendig. Dieser Ansatz wurde im Ordnungsausschuss bestätigt.

Frau Szabados führte aus, dass sie von der HWG schriftlich die Aussage habe, dass in den Jahren 2010 und 2011 nicht abgerissen werde. Dieser Punkt werde von der Verwaltung korrigiert und ein Teil zur Deckung des Antrages von Herrn Misch für die Wasserleitung Südfriedhof eingesetzt.

Weitere Veränderungen in den Vermögenshaushalten der Jahre 2010 bis 2013 ergaben sich aus der Umsetzung des Konjunkturpaketes II und aus Stadtratsbeschlüssen, z. B. zu den Bädern. Weitere Nachfragen wurden nicht gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

5 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
3 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2010, den Haushaltsplan 2010 und das Haushaltskonsolidierungskonzept.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2008 zur Kenntnis.

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

**zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

**zu 7 Mitteilungen**

---

Es wurden keine Mitteilungen gegeben.

**zu 8 mündliche Anfragen**

---

Es wurden keine mündlichen Anfragen gestellt.

**zu 9 Anregungen**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender des  
Ausschusses

Egbert Geier  
Beigeordneter  
Finanzen und Personal

Martina Beßler  
Protokollführerin

